



FASCHISMUS

KEMPSTON
BEDS.
ENGLAND

TATSACHEN ÜBER DIE DIKTATUREN

ERSCHEINT DEUTSCH, ENGLISCH, FRANZÖSISCH, SCHWEDISCH; HOLLÄNDISCH, SPANISCH UND IN ESPERANTO

MIT DER BITTE UM VERÖFFENTLICHUNG UNTER QUELLENANGABE (I.T.F.)

No. 2
9. Jahrgang

20. Januar 1941

Deutsche Industrielle
plündern Europa

(ITF) Hitler kennt doch noch Dankbarkeit. Den deutschen Industriellen, denen er seinen Aufstieg verdankt, liefert er jetzt Europa zum Plündern aus. Aus Essen, der Stadt der deutschen Kohlenbarone, berichtet die "Deutsche Allgemeine Zeitung": "Schon heute hat das Ruhrkohlsyndikat die Kontrolle des Absatzes nicht nur der niederländischen und belgischen Zechen in der Hand, sondern auch die nordfranzösische Steinkohle ist schon markt-mässig einbezogen". In Holland, in Belgien und Nordfrankreich dürfen nur noch so viele Bergarbeiter arbeiten, wie die deutschen Kohlenbarone erlauben. Wer seine Arbeit verliert, kann zur Zwangsarbeit nach Deutschland transportiert werden.

Das deutsche Zellulose-Kapital versucht, sich mit Hitlers Hilfe ein europäisches Holzmonopol zu sichern. Es will über die Arbeitsplätze der Waldarbeiter und der Arbeiter der Zellulose- und Papierfabrikation Deutschlands, der zurzeit von deutschen Truppen besetzten Gebiete, des Balkans, Schwedens und Finnlands bestimmen. Der schwedische Industrielle Axel L. Wenner-Gren hat schon in den Vereinigten Staaten von Amerika im Auftrag der deutschen Interessenten Verhandlungen über die eventuelle Anerkennung eines von Hitlers Grosskapitalisten kontrollierten europäischen Holzmonopols geführt.

(Für die Red.: "D.A.Z."-Bericht in der Ausgabe vom 8.XII.40.)

Nazi-Reichsstatthalter klagt:"die Stimmung ist wirklich
schlecht, ja erbärmlich"

(ITF) Die Nazipropaganda redet den Deutschen und Oesterreichern, die das Nazisystem und seinen Krieg has-sen, ein, dass ihre Opposi-tion aussichtslos sei, da ausser ih-

nen das ganze deutsche Volk begeistert hinter dem Hakenkreuz stünde. Die Nazis wissen, dass das nicht wahr ist, aber sie hoffen, dass sie durch ständige Wiederholung dieser Lüge die Opposition einschüchtern.

Selbst von Wien, vom roten Wien, dessen Widerstand der katholische Halbfaschismus nicht brechen konnte, behauptet Baldur von Schirach, der neue Reichsstatthalter Hitlers in der österreichischen Hauptstadt: "Wien hat sich, wie alle andern deutschen Städte, der grossen Zeit wür-dig gezeigt". "Wien hat... ein strahlendes Beispiel für seine natio-nalsozialistische Gesinnung gegeben". Vor einer Versammlung führender Nazi-Funktionäre hat er das gesagt und die ganze gleichgeschaltete Presse musste das nachdrucken.

Zwei Tage vorher aber sprach der gleiche Schirach vor Arbeitern, vor 785 Strassenbahnern, die 25 Jahre im Dienste der Stadt standen. Vor diesen Arbeitern ist die Wut mit ihm durchgegangen, die Empörung darüber, dass die Propaganda versagte, dass die Arbeiter Wiens meckern, dass in Wien die Stimmung wirklich schlecht, ja erbärmlich ist. In sei-ner Wut sprach er hier offener. Den Wien... geht es nicht gut, gab er zu, aber "ich kann Ihnen nicht inmitten des Krieges alle Sorgen abneh-men. Es ist unmöglich, alles, was an Schwierigkeiten und Nöten nun täg-lich vor unser Auge tritt, zu beheben". Trotzdem sollten die Strassen-bahner den Nazis helfen. "Sie werden in Ihrem Dienst wahrscheinlich auch manches hören, was nicht sehr schön klingt", sagte Schirach. "Sie wissen ja, der Wiener hat so einen kleinen Hang zum Raunzen". Die Strassenbahner sollten "den Menschen, die unvernünftig sind, klarma-chen, worauf es in diesem Krieg ankommt". Hitlers Statthalter beschwer-te sich dann über die Menschen, die - trotz Gestapo und Propagandarum-mel - "eine Stimmungsmache betreiben, die unwürdig ist", er klagt, dass viele Wiener nicht sehen, weshalb sie für Hitler kämpfen sollen. Er versuchte, die Gegner des Nazikrieges lächerlich zu machen. "Kämp-

fen wir um den Bohnenkaffee? Um das Licht am Abend in der Stadt? Oder kämpfen wir nicht vielmehr für unsern Führer? Wir wollen doch nicht schlapp und feige sein..."

Aber dann überlegte er sich, dass er vor Männern sprach, die den Aufbau des roten Wien erlebt hatten und die wissen, was Nationalsozialismus ist. Er begann zu schimpfen und zu drohen. Leute, die durch Wien gekommen wären, hätten ihm geschrieben, "sie hätten... in dieser Stadt... meckern gehört über gewisse Ernährungsschwierigkeiten und Unbequemlichkeiten, die der Krieg bringt". Man hätte ihm geschrieben: "so ist nun die Stimmung in Eurer Stadt Wien und das ist wirklich schlecht, ja erbärmlich".

Er drohte "mit aller Härte und Strenge gegen diese Menschen einzuschreiten". "Wir müssen schon die... wankelmütigen Volksgenossen zur Festigkeit erziehen".

Die Strassenbahner erzählten von der Nervosität des Statthalters in den Arbeitervierteln.

Zwei Tage darauf begann die Nazipropaganda wieder mit dem alten Märchen von der nazitreuen Stadt Wien.

(Für die Red.: Schirach sprach am 17. und 19. Dezember; Berichte der Wiener Presse.)

Bürgermeisterwechsel in Wien (ITF) Nach der Besetzung Oesterreichs hatten die Nazis einen Ingenieur Neubacher zum Bürgermeister der Stadt Wien ernannt, einen Führer des sozialdemagogischen Naziflügels. Neubachers Aufgabe war, die Arbeiter Wiens, die sich in vier Jahren katholischer halbfaschistischer Diktatur ihre Ueberzeugung bewahrt hatten, für die Nazis zu gewinnen. Der neue Statthalter Hitlers hat feststellen müssen, dass dieses Ziel nicht erreicht wurde. Er hat Neubacher abgesetzt und durch einen gefügigen Nazibürokraten ersetzt, einen gewissen Philip W. Jung.

Hunger unterm Hakenkreuz

(ITF) So begann das neue Jahr in den Ländern, über denen heute Hitlers Hakenkreuz weht:

In Belgien gab es in vielen Orten nicht genügend Brot. In Vorkriegszeiten ass der belgische Arbeiter fast doppelt so viel Brot wie der deutsche. Doch die Brotration, die die Nazis jetzt für Belgien festgesetzt haben, ist ungewöhnlich niedrig, die für Deutschland festgesetzte Brotration ist 33% höher als die belgische. Mit der belgischen Ration kann man nicht auskommen. Viele Familien versuchen deshalb, statt Brot eine entsprechende Menge Mehl zu bekommen, sie strecken dann das Mehl mit Kartoffeln und backen selbst, um etwas mehr Brot zu haben. Die Bäckereien verkaufen deshalb weniger Brot. Als zu Jahresbeginn trotzdem viele Bäcker nicht genügend Brot hatten, bemächtigte sich der Bevölkerung grosse Erregung. Die Nazibehörden wandten sich (am 8. Januar) im Radio gegen die "Unruhe unter der Bevölkerung" und versprachen, dass "in wenigen Tagen" die Brotversorgung wieder normal sein werde; der Brotmangel sei nur auf Transportschwierigkeiten zurückzuführen - das belgische Transportnetz ist mit Transporten für die deutsche Armee überlastet.

In Lüttich lässt die Gemeinde, um wenigstens der schlimmsten Unterernährung der Kinder zu steuern, in den Schulen gratis Suppe austeilen.

Eine belgische Delegation soll nach Moskau fahren, um dort um Lebensmittel zu bitten.

In Oslo ist die Fleischversorgung zusammengebrochen. Im Dezember wurde in Oslo 40% weniger Schweinefleisch angeliefert als im Vorjahr und 94% weniger Hammelfleisch. Montags ist in Oslo kein Schlachterladen mehr offen, an den übrigen Tagen öffnen die Schlachter nur noch zwischen 11 und 17 Uhr. Zu Jahresbeginn gab es in Oslo und Bergen kaum Kartoffeln und nur sehr wenig Gemüse.

In Holland ist die Fleischration um 57% herabgesetzt worden.

In dem von deutschen Truppen besetzten Paris gab es zu Jahresbeginn kaum Kartoffeln und nur sehr wenig Gemüse. Milch und Fleisch sind in vielen Stadtteilen nicht aufzutreiben. Der offizielle Höchstpreis für Kartoffeln ist 130 Fr. pro Zentner - 55% mehr als im Oktober 1939. Da es im Laden kaum Kartoffeln gibt, muss, wer Kartoffel haben will, im Schleichhandel 170 Fr. pro Zentner bezahlen, das 2 1/2fache des Vorkriegspreises.

"Die Rationen sind sehr oft nicht zu erhalten", berichtet Radio Paris. Wer nicht schon morgens einkaufen kann, finde halb ausverkaufte Läden. Wer Geld hat, könne sich Zusatzrationen kaufen, die Händler verkaufen ihm dann die Rationen anderer Kunden.-Die Schlangen vor den Läden werden jeden Tag länger. Man stellt sich selbst vor Schlachterläden an, die geschlossen ha-

ben weil sie kein Fleisch haben. Sie erhalten Schlangen-Nummern, "für den Fall, dass morgen etwas Fleisch da ist" (berichtet der Pariser "Temps"). Vor Läden, die erst um 7 Uhr öffnen, stellen sich Hungrige schon um 5 Uhr morgens an!

Man kann sich ein Bild der Erregung der Pariser machen, wenn man im "Matin" liest: "Nach dem Nervenkrieg kommt jetzt der Magenkrieg. Wir erinnern an den Hungermarsch nach Versailles im Jahre 1789" (am Vorabend der Grossen Revolution). Erst unter dem Druck dieser Stimmung sind den Parisern zum Ausgleich andere Lebensmittel zugeteilt worden, 35 g Brot, 8 1/2 g Zucker, 8 1/2 g Nahrungsmittel und 18 g Dörrgemüse pro Tag.

Es gab kaum Kohlen. Viele Betriebe mussten wegen Kohlenmangel schliessen, die Arbeiter gingen stempeln. Frierende brachen in Parks ein und schlugen sich Aeste von den Bäumen.

Mit Frieren, Hunger begann für die Opfer des Nazi-Krieges das neue Jahr. (Für die Red.: Radio Paris, 8. Januar; "Temps", 11.I.; "Matin" 8.I.)

Ewiger Kriegszustand

(ITF) Wenn das Nazi-System sich in diesem Krieg behaupten könnte, gäbe es keinen Frieden in der Welt. Unverblümt erklärte es die "Deutsche Allgemeine Zeitung". "Die Verantwortung für Europa, die das Reich mit den sich jetzt entwickelnden Entscheidungen übernimmt, wird die militärische Schlagkraft des Reiches in ständiger Bewegung halten müssen! Auch dies verlangt nicht nur das Vorhandensein einer guten, sondern auch einer starken Armee und überall dort, wo sich Führungsaufgaben für das Reich zeigen".

In ständiger Kriegsbereitschaft müssten Deutsche in der Uniform mit den Hakenkreuz auf der Brust die Opfer des Nazi-Systems niederhalten.

(Für die Red.: "Deutsche Allgemeine Zeitung", 8.XII.40.)

Preiswucher und Lohndruck in Deutschland

(ITF) Während die Nazibehörden den deutschen Arbeitern noch immer versichern, dass Teuerungszulagen unnötig seien, weil die Preise doch stabil gehalten würden, muss Hitlers Reichs-Preiskommissar jetzt in einem Aufruf eine ganze Liste heute in Deutschland allgemein üblicher Preisüberschreitungen veröffentlichen. Es werden von gewinnsüchtigen Händlern "Waren eigennützig verschlechtert", erklärte er; von den Händlern wird "die Warenmenge eigennützig verringert, ohne die Preise entsprechend zu ermässigen". Man "bereichert sich durch Herstellung oder den Vertrieb minderwertiger Ersatzwaren", man "betreibt Kettenhandel oder Koppelungsgeschäfte oder macht die Lieferung von Waren von Gegenlieferungen abhängig.., verweigert Lieferungen.., um sich geldliche Vorteile zu verschaffen, bereichert sich an unmittelbaren oder mittelbaren Kriegslieferungen, berechnet Höchstpreise oder Höchstspannen und erzielt dadurch unangemessen hohe Gewinne", man "fordert im Schleich- oder Schwarzhandel Ueberpreise".

Die das tun, sind alle Mitglieder der nationalsozialistischen Händlerorganisation, sie reden bei jeder Gelegenheit von "Volksgemeinschaft" und sie handeln wie echte Nazis.

"Der Reichskommissar hat die Preisbehörden angewiesen, in Zukunft (!) bewusste oder grob fahrlässige Verstösse gegen Preisvorschriften ohne jede Rücksicht zu verfolgen", meldet die deutsche Presse. "In Zukunft" - 15 Kriegsmonate geschah gegen den Preiswucher fast nichts. Aus trüber Erfahrung werden nur wenige Hitlers Kommissar glauben, dass er jetzt wirklich die Nazi-Kriegsgewinnler anpacken lässt, die die Massen ausplündern.

Lohndruck - Die Arbeiter und Angestellten, denen durch den Preiswucher und durch den Zwang, bei Koppelkäufen unnötige Waren zu nehmen, die Löhne zusammenschmelzen, fordern immer nachdrücklicher Teuerungszulagen. Einsichtige Unternehmer, die den Arbeitern nachgeben, werden von den Nazibehörden bestraft. Im Hamburger Bezirk wurden wieder Bauunternehmer, die Bauarbeitern übertarifliche Akkordzulagen bewilligten, zu 300 - 500 Mark Geldstrafe verurteilt. In Berlin haben Stenotypistinnen häufiger erreicht, dass ihnen das höhere Sekretärinnen-Gehalt gezahlt wird. Der Treuhänder der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Brandenburg droht allen schwere Strafen an, die Stenotypistinnen, "die nicht ständig für die Betriebsleitung oder in Vertrauensstellungen für leitende Angestellte beschäftigt sind," Sekretärinnengehalt zahlen.

In den durch Erwerbslosigkeit besonders getroffenen Berufen versuchen die Nazis sogar, noch die Mindestlohnsätze zu beseitigen. Diese Tariflohnsätze werden zwar von Nazibeamten diktiert, aber sie geben den Arbeitern doch einen gewissen Schutz gegen Lohndruckversuche besonders ausbeuterischer Unternehmer. Dieser Schutz soll ihnen genommen werden. Vor den Unternehmern der Damen-Oberkleidungsindustrie erklärte ein Ingenieur Kraus als Vertreter der Deutschen Arbeitsfront bereits: "Man müsse sich in Zu-

kunft vom kollektiven Tarif stetig fortbewegen, um zum Leistungslohn zu gelangen". Für gleichen Lohn soll höhere Leistung verlangt werden, denn "es gelte, mit den wenigen vorhandenen Arbeitskräften mindestens (!) die gleichen Aufgaben zu bewältigen".

(Für die Red.: Preiskommissar: "Hamburger Fremdenblatt" 16.XII.40.; "Amtliche Mitteilungen des Treuhänders Brandenburg" No. 19/1940, des Treuhänders Nordmark, 1.XII.40.)

"Alle Propaganda hat bisher nicht ausgereicht"

(ITF) Im führenden deutschen Wirtschaftsblatt "Der Deutsche Volkswirt" kann man jetzt lesen, dass die deutschen Arbeiter nicht als Zwangsarbeiter für Hitlers Krieg

herumgejagt werden wollen. "Zum Dienst in andern Betrieben bei gleichem Lohn meldet er (der deutsche Arbeiter) sich freiwillig nicht. Alle Propaganda hat bisher nicht ausgereicht". Nach 8 Jahren Nazi-Propaganda ist diese Klage berechtigt genug.

Die Arbeiter werden jetzt als Zwangsarbeiter verschickt, aber jeder Zwangsarbeiter ist lebende Propaganda gegen das Nazisystem.

Gegen Zwangsarbeit kann man sich im Nazi-Terrorstaat heute nur durch Schlecht- und Langsamarbeiten wehren. Viele Arbeiter tun das. Selbst bei den Bauarbeitern, die unter Leitung einer Baugesellschaft der Deutschen Arbeitsfront an Bauten für das Volksautowerk - in dem Flugzeugmotore hergestellt werden - arbeiten, konnte der Widerstand nicht unterdrückt werden. In ihrem Geschäftsbericht klagt die Baugesellschaft der Deutschen Arbeitsfront darüber, dass sich wegen "gewisser Minderleistungen der (als Zwangsarbeiter) zugewiesenen Arbeiter" die Baukosten "entscheidend" erhöhten.

(Für die Red.: "Deutscher Volkswirt" 13.XII., "Deutsche Allgemeine Zeitung" 25.XII.40.)

Vor dem Nazirichter

(ITF) Einige Monate lang haben die Nazibehörden Arbeiter, Angestellte und Beamte, die sich

nicht willenslos der Nazi-Kriegsmaschine einfügten, relativ milde behandelt. Weil sie jeden Mann brauchten, haben sie kaum Gefängnisstrafen verhängt und sich mit Verwarnungen und Drohungen begnügt. Seit der Teildemobilisierung zu Winterbeginn aber werden Arbeiter, die sich nicht der rücksichtslosen Nazidisziplin fügen wollen, wieder eingesperrt. Die Nazi-pressen veröffentlicht zur Einschüchterung der Unzufriedenen einige der harten Urteile. Die Veröffentlichung derartiger Urteile soll abschrecken, aber die Darstellung der "Verbrechen" in den Nazi-Blättern gibt zugleich ein Bild des immer/aufflammenden Widerstandes gegen den Zwang der Nazi-Tretmühle. /wieder

So liest man im Hamburger Nazi-Pressedienst typische Fälle des Arbeiterwiderstandes auf den Werften, in der chemischen Industrie, in der Metallindustrie und im Baugewerbe.

Schwänzen - "Der Schiffsbauer D. war seiner Arbeit drei Wochen unentschuldigt fern geblieben. Hierfür wurde er verwarnt. Als er kurze Zeit später wieder unentschuldigt der Arbeit fern blieb, musste Strafanzeige erstattet werden und D. wurde zu 4 Wochen Gefängnis verurteilt"

Frühstücken und langsam arbeiten - "Ein Arbeiter B. in einer chemischen Fabrik sabotierte die Arbeit, indem er sich übermässig lange im Frühstücksaal aufhielt und ausserdem seine Arbeit langsam ausführte, um Anlass zu Klage zu geben und aus diesem Grunde aus dem Betrieb entlassen zu werden. Die ausgesprochenen Verwarnungen hatten keinen Erfolg. D. wurde zu drei Monaten Gefängnis verurteilt".

Bummeln - "Angeklagter B. war auf einer Baustelle in der näheren Umgebung Hamburgs beschäftigt. Hier glaubte er kommen zu können, wann es ihm beliebte. Er erhielt für dieses Verhalten einen scharfen Verweis. Kurze Zeit später aber wurde erneut Meldung erstattet, dass B. der Arbeit wieder an einigen Tagen ganz bzw. teilweise unentschuldigt ferngeblieben ist... B. wurde wegen Arbeitsvertragsbruchs zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt".

Auch Jungarbeiter wandern ins Gefängnis - "Der Schlosserlehrling E., der in einem grossen Metallbetrieb in Hamburg beschäftigt ist und bei dem alle Bemühungen, ihn im Guten zu beeinflussen, vergeblich waren, musste zu einer Gefängnisstrafe von 4 Monaten verurteilt werden, nachdem er seiner Arbeitsstelle an einer ganzen Reihe von Tagen unentschuldigt ferngeblieben war".

Einschüchtern liessen sich die Hamburger Arbeiter durch diese Veröffentlichung nicht. Viele haben den Zwang der Nazi-Kriegsmaschine herzlich

satt. 4 Wochen später sah sich der Hamburger Nazigauleiter veranlasst, auf einer eiligst zusammengerufenen Versammlung der Funktionäre der Hamburger Deutschen Arbeitsfront regelrecht zum "Kampf gegen den geringen Teil der Faulenzer und Nörgler im Betrieb" aufzurufen.

Kranke in Deutschland
zur Zwangsarbeit verschickt

(ITF) Die Tageszeitung der Deutschen Arbeitsfront berichtet: "Bei Dienstverpflichtungen (zur Zwangsarbeit) ist es keine seltene Erscheinung, dass der Verpflichtete sich aus von ihm nicht verschuldeten Gründen zur Arbeit am Dienstort nicht eignet oder nach ärztlicher Untersuchung für dienstuntauglich befunden wird. In solchen Fällen entsteht für den (zur Zwangsarbeit) Dienstverpflichteten, der auf Auffordern des Arbeitsamts seinen alten Arbeitsplatz aufgeben musste und nunmehr wieder zu ihm zurückkehrt, ein empfindlicher Lohnausfall".

(Für die Red.: "Angriff", No. 87, 27.XI.40.)

Im Schatten des Hakenkreuzes

Hungerlöhne in Frankreich

(ITF) Die Kaufkraft des Franken beträgt nur noch 33 Vorkriegscentimes, stellt Radio Paris (am 8. Januar) fest. Die Erwerbslosen erhielten nur eine ganz unzureichende Teuerungszulage, die Sozialrentner überhaupt keine. Die Lohnsätze sind günstigstenfalls gleich geblieben, die meisten Arbeiter aber arbeiten nur noch 36 Stunden, viele nur 24 Stunden die Woche. Ein Pariser Erwerbsloser muss sich mit 14 Franken täglich durchschlagen.

Berlin erwartet, dass Hunger die französischen Arbeiter zur "freiwilligen" Zwangsarbeit in Deutschland treibt.

(Für die Red.: Radio Paris, 8.I.41.)

Verschlechterung der norwegischen
Erwerbslosenversicherung

(ITF) In Norwegen haben die deutschen Behörden am 3. Mai 1940 die Arbeitslosenversicherung ausser Kraft gesetzt. Erst im November wurde die Erwerbslosenversicherung wieder eingeführt, aber, wie nicht anders zu erwarten war, mit wesentlichen Verschlechterungen. Statt 550.000 Arbeitern und Angestellten werden jetzt nur noch 510.000 versichert. Die Unterstützungsdauer wurde um 3 Wochen verkürzt. Unverheiratete müssen jetzt statt sechs 12 Tage warten, bevor sie Unterstützung erhalten.

Zerschlagung der Gemeinde-
Selbstverwaltung in Norwegen

(ITF) Die Nazis haben den norwegischen Arbeitern und Bauern das Recht genommen, ihre Gemeinden selbst zu verwalten. Der von Berlin eingesetzte Osloer Nazi-Innenminister ernannt jetzt im Einvernehmen mit dem örtlichen Vertreter der Quislingschen Nazi-Partei den Gemeindevorsteher und dessen Stellvertreter. Die frei gewählten Gemeindevertretungen wurden ausgeschaltet. Dem Gemeindevorsteher steht ein aus ernannten Personen zusammengesetzter beratender Ausschuss zur Seite. Doch der kleine Ortsdiktator braucht sich um die Meinung seiner Berater nicht zu kümmern.

Die Ersetzung der gewählten Gemeindevorsteher durch Nazis macht allerdings grosse Schwierigkeiten. Denn es gibt in Norwegen nur verschwindend wenige norwegische Nazis. Aus Norwegen wird berichtet, dass abgesetzte Gemeindeverwaltungen weiter amtieren, weil keine Nazis aufzutreiben sind, die sie ersetzen können.

Gesinnungszwang in Holland

(ITF) Den holländischen Beamten drohte im gleichgeschalteten holländischen Radio der Nazi-Bürgermeister von Hilversum: "Der Beamte, der nicht ein eifriger Bekenner der neuen (Nazi-)Weltanschauung ist, der ihr neutral gegenübersteht, wird auf die Dauer nicht mehr Beamter bleiben können".

(Für die Red.: Radio Hilversum, 7.I.41.)

Arbeiter unter Nazi-Recht

(ITF) Ein 52jähriger dänischer Arbeiter, Hans M. aus Aalborg, hatte im Kameradenkreise "wenig schöne Aeusserungen" über die deutschen Nazis gemacht. Dierst-eifrige dänische Nazis denunzierten ihn. Das Kieler Sondergericht sperrte ihn auf 6 Monate ins Gefängnis.

Josef Bazak aus Juszczyn in Polen war als Zwangsarbeiter in ein bayrisches Dorf bei Passau transportiert worden. Eines Tages floh er von der Zwangsarbeitsstelle. Andere in benachbarten Dörfern beschäftigte polnische Zwangsarbeiter gaben ihm in selbstverständlicher Solidarität von ih-

rer knappen Lebensmittelrationen. Drei Tage lang konnte er sich so in den Wäldern verborgen halten, dann verhafteten ihn Gendarmen. Bei einem verzweifelten Ausbruchversuch aus dem Gefängnis tötete er einen Gendarmen.

Er wurde vor Gericht geschleppt. Einer der beiden vom Gericht als Gutachter herangezogenen Passauer Aerzte bezeichnete ihn als nur vermindert zurechnungsfähig. Die Nazirichter aber wollten ihn köpfen. Sie zogen zwei weitere Aerzte aus München hinzu. Als auch einer dieser beiden Aerzte gewissenhaft genug war, die "Annahme einer geistigen Störung" und "Haftpsychose" zu betonen, wurde ein gefügiger fünfter Arzt herangezogen und auf Grund dieses neuen Gutachtens wurde dann der unglückliche nach Deutschland verschleppte Arbeiter zum Tode verurteilt.

(Für die Red.: "Hamburger Fremdenblatt", 19.XII.40, "Münchner Neueste Nachrichten", 24.XI.40.)

500 statt 5.000

(ITF) 20.000 norwegische Arbeiter sollen auf Wunsch Berlins nach Deutschland transportiert werden, 5.000 sollten am 15. Januar im ersten Transport nach Deutschland geschickt werden. Die gleichgeschaltete norwegische Gewerkschaftszentrale war aufgefordert worden, die Werbeversuche der deutschen Behörden zu unterstützen. Unter dem Druck der Massenstimmung weigerte sie sich. Die Werbung hatte keinen Erfolg. 1000 Osloer Arbeiter sollten mit dem 1. Transport nach Deutschland gehen, aber nach zwei Monate Werbung hatte man noch keine 200 Osloer Arbeiter gefunden, die sich bereit erklärten, aus Furcht vor der Unterstützungsentziehung nach Deutschland zu gehen.

Am 15. Januar konnte Hitlers Kommissar statt der angeforderten 5.000 Arbeiter nur 500 nach Deutschland schicken.

Der Transport der Deportierten ging durch Schweden. In der schwedischen Presse wurde dagegen protestiert, dass die schwedische Regierung den Nazis erlaubte, Zwangsarbeiter unter Bewachung auf schwedischen Eisenbahnen ins Dritte Reich zu transportieren.

Arbeitsdienstzwang
in Norwegen und Holland

(ITF) In Norwegen ist von der Osloer Nazi-Regierung nach deutschem Muster Arbeitsdienstpflicht eingeführt worden. Am 1. Mai müssen die ersten 20.000 Arbeitsdienstpflichtigen einrücken. Sie müssen nach deutschen Muster für ein Taschengeld für die Naziverwaltung arbeiten und am Abend Nazipropaganda über sich ergehen lassen.

In Holland konnte die Arbeitsdienstpflicht noch nicht durchgeführt werden, weil es an Unterbringungsmöglichkeiten fehlt. Geplant ist die Einberufung von jeweils 28.000 Arbeitsdienstlern, doch bis auf weiteres ist der Arbeitsdienst noch nicht Zwang für ganze Jahrgänge, es werden, der Not gehorchend, nur mit den üblichen Nazi-Methoden "Frewillige" geworben.

Holländische Arbeiter

werden für Nordfrankreich und Belgien gesucht, sie sollen dort "im Interesse der deutschen Wehrmacht" an Bauten arbeiten (berichtet das Amsterdamer "Algemeen Handelsblad" am 16. Dezember 1940.) - (ITF)

Eine internationale Terrortruppe
gegen die europäische Revolution

(ITF) Die Furcht vor der kommenden europäischen Revolution gegen Unterdrückung und Ausbeutung lastet wie ein Alptraum auf den Sklavenhaltern des Kontinents. Als Vormacht des Staatenbundes der totalen Ausbeutung stellt Nazi-Deutschland bereits eine internationale Terrortruppe gegen die wachsenden Kräfte der nahenden Revolution auf. Das System der Niederhaltung der Völker durch faschistische Terrortruppen der eigenen Nation hat versagt. In der Slowakei, selbst in Rumänien können sich die Faschisten nur dank der Unterstützung deutscher Truppen halten. In Spanien haben italienische und deutsche Truppen das Volk niederwerfen und entwaffnen müssen, bevor die Faschisten ihre Herrschaft errichten konnten und noch immer ist die einmarschbereite deutsche Armee eine der Stützen der volksfeindlichen Diktatur Francos. Volksfremde Terrortruppen sollen jetzt die Unterdrückten niederhalten.

Das Unterdrückungssystem der zerfallenden österreichisch-ungarischen Habsburgermonarchie wird unter der Herrschaft des Oesterreichers Hitler zur Niederhaltung Europas zu neuem Leben erweckt. Nach Habsburger-Methode haben die Nazis bereits seit 1934 Deutschland niedergehalten. So wie in der österreichisch-ungarischen Monarchie deutsche Truppen in die slawischen Städte geschickt wurden und ungarische, polnische und tschechische Soldaten in die deutschen Städte, so hat Hitler norddeutsche SS in Süddeutschland stationiert, süddeutsche in Norddeutschland und ostdeutsche

SS im westdeutschen Industriegebiet.

Jetzt wendet er das gleiche System zur Niederhaltung Europas an. Deutsche Behörden werben junge Holländer, Flamen und Norweger zum Dienst in der schwarzen Hilfstruppe der Gestapo. Eine besondere "SS-Standarte Westland" wird aus Holländern zusammengestellt. Die in SS-Uniform gesteckten jungen Holländer und Belgier werden nach München transportiert und dort mit der Waffe ausgebildet. Sie stehen den Nazis zum Einsatz gegen oppositionelle Deutsche, Franzosen, Norweger, Tschechen oder Polen zur Verfügung. In Holland und Belgien aber liegt deutsche SS.

Holländer und Belgier, die sich für 6 Monate als Henkersknechte verpflichten, sollen nach Ablauf der Verpflichtung in ihre Heimat zurückkehren dürfen. Wer sich für zwei Jahre verpflichtet, erhält das deutsche Staatsbürgerrecht neben dem holländischen oder belgischen. Wer vier Jahre Dienst in Hitlers Konzentrationslagergarde tut, soll ausserdem einen kleinen Bauernhof erhalten können.

Noch hat es keine der holländischen und flämischen Nazi-Gruppen gewagt, offen Freiwillige für Hitlers Terrortruppe zu werben. Die deutschen Besatzungsbehörden müssen dieses schmutzige Geschäft selber tun. In Norwegen aber haben die Agenten des Hitlersystems einige Männer gefunden, die moralisch genau so verblüfft sind wie ihre Auftraggeber. In Norwegen hat Quisling, der Chef der deutschen Marionettenregierung, schamlos zur Bildung einer "Standarte Nordland" aufgerufen, die in Deutschland als Abteilung der Waffen-SS dienen soll - zum Niederhalten von Menschen, die wie die Norweger vom Hakenkreuz unterdrückt werden!

Das Werbebüro steht unter der Leitung des deutschen Reichskommissars.

Den Norwegern, die sich Hitler für 1, 2 oder 4 Jahre als Henkersknechte zur Verfügung stellen, wird die gleiche Versprechung gemacht, wie den Holländern und Belgiern, die den Konzentrationslagerarmee beitreten.

Die Werber werden wenig Erfolg haben. Aber das Bestehen der Werbebüros wird vielen die Augen öffnen. Es zeigt ihnen, dass der Feind nicht nur in Berlin steht, sondern auch im eigenen Land und dass die nahende europäische Revolution die Kräfte der Unterdrückung und Ausbeutung in allen Ländern niederringen muss.

(Für die Red.: Holländische Presse, 1.- 5. November, Rede Quislings im Osloer Radio, am 12.I.41.)

Norwegische Arbeiter

(ITF) Bericht aus Norwegen: In einem Fischerdorf an der norwegischen Westküste kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen einem Fischer und dem deutschen Wachposten. Dem Fischer gelang es, dem Soldaten das Gewehr fortzunehmen und dann verprügelte er den Soldaten mit norwegischer Gründlichkeit. Soldaten aus der benachbarten Garnison kamen ins Dorf, verhafteten den Fischer und brachten ihn im Motorboot zum nächsten Gefängnis. Auf der Fahrt kam das Boot an einer Fabrik vorbei. Arbeiter, die erfahren hatten, was sich in dem Dörfchen abgespielt hatte, liefen zum Strand und bewarfen das Motorboot mit Steinen. Deutsche Soldaten besetzten darauf den Betrieb und drohten, zehn Arbeiter zu verhaften, falls sich der Schuldige nicht melde. Ein junger Arbeiter trat vor und behauptete, dass er allein die Steine geworfen hätte.

Er wurde abgeführt.

Was aus ihm geworden ist, ist nicht bekannt.

Die Sitten der Protektoren

(ITF) Gemüse- und Obstmangel gefährdet die Gesundheit der Warschauer Kinder. An Kinder deutscher Staatsbürger wird deshalb ein Vitaminpräparat ausgegeben, nicht aber an polnische und jüdische Kinder. -

In Prag ist Fett eine Kostbarkeit. Ehrenmänner suchen die Lage auszunutzen. Bei einer Gerichtsverhandlung wurde jetzt festgestellt, dass ein deutscher Herr Alois U., sich eine tschechische Näherin mit dem Verprechen gefügig machte, ihr Fett und vielleicht Arbeit zu verschaffen. Natürlich hielt er sein Wort nachher nicht. -

Das Prager Verkehrsministerium kontrolliert auch das Privatleben der Postbeamten. Jetzt hat es den Bediensteten der Postverwaltung jeden privaten Verkehr mit Juden verboten. -

Hitlers Generalgouverneur in Polen hat eine "Kasino-Gesellschaft" zur Errichtung und zum Betrieb von Spielbanken in Polen gegründet. Konkurrenzunternehmen sind nicht erlaubt. Das Spielhöllengeschäft ist Nazimopol.

Massenentlassungen von Beamten
in Böhmen und Mähren

(ITF) Hitlers Reichsprotector in Prag hat die Hácha-Regierung gezwungen, einer sehr grossen Zahl Beamter zu kündigen. Alle Beamten, die über 55 Jahre

sind und alle Beamtinnen über 50 Jahre werden zwangspensioniert. Die Behörden haben das Recht erhalten, arbeitsfähige Beamte und Beamtinnen mit 45 bzw. 43 Jahren zwangszupensionieren, auch wenn die Pensionierten dann nur eine Pension erhalten, die nicht zum Leben reicht.

Ein grosser Teil der in der sozialen Republik Masaryks grossgewordenen Beamten wird auf diese Art aus der Verwaltung entfernt. Aber eine Reihe den deutschen Besatzungsbehörden genehme Beamte bleiben im Amt, auch wenn sie über 62 Jahre sind und damit die gesetzliche Altersgrenze überschritten haben.

Die Besatzungsbehörden behaupten, die tschechischen Steuerzahler könnten die Beamtgehälter nicht mehr aufbringen. Das ist richtig, aber nur weil die tschechischen Steuerzahler jährlich Hunderte Millionen Kronen für den "Schutz" durch deutsche Truppen und Beamte zahlen müssen. Damit deutsche Soldaten und Nazi-Beamten sich auf Kosten der tschechischen Steuerzahler in Böhmen und Mähren breit machen können, werden Zehntausende tschechische Beamte auf die Strasse geworfen.

(Für die Red.: Verordnung des Reichsprotectors vom 30.XII.40.)

Die J-Karte

(ITF) Im Dezember wurden in Berlin auf Lebensmittelkarten 2 Pfund Aepfel (oder Birnen), einige Apfelsinen, 125 g Marzipan (oder Schokolade) und eine mittelgrosse Dose Fischkonserven zugeteilt. "Verbraucher, deren Nahrungsmittelkarte durch ein J (=Jude) gekennzeichnet ist, dürfen nicht beliefert werden", ordnete der Nazi-Oberbürgermeister an. Auch jüdische Kinder nicht.

(Für die Red.: Anordnungen vom 9., 12., 17. und 21. Dezember 1940.)

Kriegsgewinne der
Nazi-Zwischenhändler

(ITF) Seit 1933 ist es in Deutschland üblich, dass Industrielle Nazis einstellen, die nichts weiter zu tun haben, als Behördenaufträge zu beschaffen. Andere Nazis mit Beziehungen haben regelrechte Auftragsbeschaffungsbüros eingerichtet. Aus einem neuen Runderlass des Nazi-Preiskommissars geht hervor, dass es bei diesen nationalen Nazis auch in Kriegszeiten üblich ist, sich "für die Vermittlung von Lieferungen für die Wehrmacht" extra bezahlen zu lassen.

(Für die Red.: Runderlass vom 6.XI.40.)

"Wasche Dich mit Sägemehl!"

(ITF) Durch den Seifenmangel nehmen in Deutschland Hautkrankheiten zu. Gewinnsüchtige Unternehmer haben so vielen gesundheitsschädlichen Seifen-Ersatz auf den Markt geworfen, dass der von den besorgten Behörden gebildete "Ausschuss zur Verhütung gewerblicher Hauterkrankungen" öffentlich warnen musste: "Die Einsparung von Fett, zwingt zur Einschränkung des Seifenverbrauchs. Ungeeignete Waschmittel können Hautschäden und Hautkrankheiten verursachen. Die (vom Ausschuss herausgegebenen) "Richtlinien zur Einsparung von Seifen bei der Händereinigung in Betrieben" geben deshalb Hinweise, wie trotz Sparen an Seife die Haut geschont werden kann. Sie warnen vor der häufigen Anwendung chemisch oder mechanisch stark angreifender Mittel (Sand, Scheuerseifen, z.B. Abrador, Bimsstein, Scheuerpulver z.B. Vim, Ata, Imi) und vor Lösemitteln (z.B. Terpentin, Benzin, Benzol, Tri, Tetra). Es wird eine Hautvorreinigung mit Kaolin (Porzellanerde), Sägemehl von Linden- oder Pappelholz (splitterfrei!) empfohlen".

(Für die Red.: "Arbeitsschutz", Berlin, 25.VII.40.)

Was tut die Deutsche Arbeitsfront?

(ITF) Das höchste deutsche Arbeitsgericht hat der Deutschen Arbeitsfront

noch einmal erklärt, dass sie höchstens den Unternehmern bestätigen darf, was für gute Nazis sie seien, dass sie es sich aber ja nicht einfallen lassen soll, die Unternehmer zu überwachen. Die "Bergwerkszeitung" der Ruhrindustriellen berichtet es befriedigt: "Vom Reichsarbeitsgericht wird anerkannt, dass die Billigung des Verhaltens eines Betriebsführers durch Vertrauensrat, Reichstreuhandler und Arbeitsfront soziales Verhalten verbürgt". Aber die Arbeitsfront soll den Unternehmern nicht in den Kram pfeuschen. "Der Reichstreuhandler der Arbeit, die Deutsche Arbeitsfront und die Vertrauensräte sind dazu berufen, die Durchführung der Gedanken des neuen Arbeitsrechts im Betrieb und das Verhalten der Gefolgschaftsmitglieder zu überwachen und für Abstellung etwaiger Verstösse zu sorgen" - das Verhalten der Unternehmer darf nicht überwacht werden.

(Für die Red.: "Deutsche Bergwerkszeitung", 6.XI.40.; Reichsarbeitsgerichts-Urteil 237/39-31, VIII.40.)

Haben wir u.a.

Ein Märtyrer der Freiheit

(ITF) Die polnische Sendung der B.B.C. berichtete:

Auf Hitlers Befehl haben die Deutschen Mieczyslaw Niedzialkowski erschossen. Am 24. Dezember wurde er verhaftet und am 26. Juni 1940 töteten die Henker ihn in Palmira, dem Dörfchen bei Warschau.

Mieczyslaw Niedzialkowski war eine der Persönlichkeiten, an denen die polnische Arbeiterbewegung so reich ist. Er war Intellektueller, war ein bekannter polnischer Parlamentarier und ein Schriftsteller, dessen schöpferisches Werk die polnische Arbeiterbewegung und die polnische Demokratie bereicherte.

Er war auch ein Mann der Tat. Schon als Schüler arbeitete er in der illegalen Unabhängigkeitsbewegung (Polens gegen den Zaren). Als Vertreter der Polnischen Sozialistischen Partei im Parlament und als Hauptschriftleiter des "Robotnik" - der Warschauer sozialistischen Tageszeitung - kannte er die Ziele und Wünsche der Massen und vertrat sie in Rede und Schrift.

Seine ganze Grösse zeigte sich in den Tagen des Kampfes um Warschau. Tag für Tag waren seine "Robotnik"-Artikel eine Aufforderung zum Kampf und sie rissen den Geist der ganzen Stadt hoch. Er arbeitete und schrieb unermüdlich bis zu dem Augenblick, in dem sein Haus, in dem der "Robotnik" redigiert und gedruckt wurde, von deutschen Bomben zerstört wurde. Dann folgte die Tat den Worten. Niedzialkowski nahm führenden Anteil an der Organisation der Warschauer freiwilligen Arbeiter-Bataillone, die in die Geschichte eingingen als Ausdruck des Willens des polnischen Volkes, ihr Land bis zum letzten Atemzug zu verteidigen. Als Mitglied des Verteidigungskomitees der Hauptstadt war Niedzialkowski ein Führer im Kampf, von der Ueberzeugung erfüllt, dass es besser ist, kämpfend zu sterben als sich der Schande der Sklaverei zu fügen.

Als er in die Hände der Gestapo fiel, stand er vor diesen Schuftten mit dem gleichen Mut, mit der die Kämpfer (der polnischen Revolution) 1905, 1906 und 1907 den Henkern des Zaren ins Auge gesehen hatten. Im Pawiak-Gefängnis fragte Himmer ihn, ob er etwas wünsche. "Von IHNEN nichts", antwortete er. Den Tod vor Augen bewährte sich seine Grösse, die Grösse der ganzen polnischen Nation, fest im Glauben an die Zukunft.

Niedzialkowski hätte seinen Henkern entgehen können, aber er wollte nicht fliehen, er wollte in den Tagen der Niederlage beim Volke Warschaus bleiben, so wie er in den Tagen der Verteidigung und des Kampfes um Warschau bei ihm war. Er wusste, dass der unbeugsame Geist der Märtyrer nötig war, um zu zeigen, dass Polen weiterkämpft, ungebeugt und ungebrochen.

Aus der Ferne, über das Meer hinweg, verneigen wir uns vor dem Märtyrertum Mieczyslaw Niedzialkowskis und vor den bekannten und unbekanntenen Gräbern aller Kämpfer und Märtyrer. Niedzialkowskis Name und sein Geist ist Besitz des ganzen polnischen Volkes geworden, so wie Leben und Tod von Montwill und Okrzeja (der polnischen Sozialisten, die 1905 im Kampf gegen den Terror des Zarismus fielen) zur Legende wurden. Ihre Gräber geben uns den Glauben, dass in den Worten des Liedes polnischer Gefangener, das Niedzialkowski so liebte, "die Zeit kommt, wo das Volk aufsteht und sein Recht verlangt".

Wir wollen nicht verzweifelt weinen und wir wollen keine Kränze der Trauer winden. Die Stunde der Vergeltung kommt und in dieser Stunde wird der Tod Niedzialkowskis gerächt werden und die Gräber der Verteidiger Gdingend und Warschaus, die Gräber der Tausende, die bei Skarzysko ermordet wurden und die zahllosen andern Gräber.

Als er den Todesgang ging, konnte Niedzialkowski mit dem Dichter sagen: "Die Zukunft ist mein und mein wird der Sieg über meinem Grabe sein".

Polnische Landarbeiter

die als Knechte gegen niedrigen Monatslohn in Deutschland arbeiten, haben durchgesetzt, dass ihnen die höheren Löhnsätze der im Stundenlohn Beschäftigten gezahlt werden. Die Bauern gaben den Lohnforderungen nach, weil sie hofften, dass die polnischen Arbeiter dann wenigstens etwas intensiver arbeiten würden. Hitlers Arbeitsminister aber hat jetzt ausdrücklich verboten, den als Knechten zu Monatslohn angestellten polnischen Landarbeitern den höheren Stundenlohn zu zahlen, da "andernfalls der Zweck der tariflichen Regelung, insbesondere den Kleinbetrieben billige Arbeitskräfte zu Verfügung zu stellen, nicht erreicht wird" ("Deutsche Allgemeine Zeitung"). - Kein polnischer Landarbeiter soll während des Winters heimfahren, wahrscheinlich fürchtet die Nazi Regierung, dass die Urlauber in Polen von ihren Erfahrungen berichten könnten. Die Landarbeiter werden daher während des Winters an Industriebetriebe oder zum Strassenbau ausgeliehen; sie wohnen, wenn möglich, weiter beim Bauern und müssen dem Bauern jederzeit auf Abruf zur Verfügung stehen. (ITF)

(Für die Red.: ("Deutsche Allgemeine Zeitung", 9.XI.40.)